

## Stadtrat

### Protokoll

SR-Nr: 7. Stadtratssitzung  
Datum SR-Sitzung: 12. Dezember 2022  
Beginn: 17:30 Uhr  
Schluss: 19:35 Uhr  
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

---

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 48 und 49 vom 1. und 8. Dezember 2022 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

---

#### Teilnehmer:

<b>Stadtratspräsidentin</b>	Esther Liechti-Lanz
<b>Stimmzähler</b>	Franziska Maurer Roschi, Urs Wüthrich
<b>Mitglieder des Stadtrates</b>	Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Thomas Gerber, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Barbara Lüthi, Adrian Merz, Philipp Schärf, Ulrich von Känel, Andreas Stettler, Sybille Zingg Righetti, Ian Thompson, Franziska Maurer Roschi, Manfred Schaffer, Peter Hauser, René Marti, Sabrina Rohrbach, Jürg Grimm, Urs Wüthrich, Debra Marti, Walter Bangerter, Carmen Baumeler, Karin Karrer-Siegenthaler, Macarena Matutis Robin, Josef Timoteo Jenni, Christian Hedinger, Mirjam Bucher, Elias Maier, Hermann Dür, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Julia Blaser, Claudia Fankhauser, Jonas von Allmen, Yves Greisler, Anette Vogt, Katharina Thurnheer, Tanja Blume
<b>Entschuldigt</b>	Roger Aebi, Damaris Hauser
<b>Mitglieder des Gemeinderates</b>	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Christoph Grimm, Peter von Arb
<b>Entschuldigt</b>	Stadtpräsident Stefan Berger

<b>Stadtschreiber</b>	Stefan Ghioldi
<b>Auskunftspersonen</b>	-
<b>Protokoll</b>	Brigitte Henzi

---

**Traktanden:**

- Informationen der Stadtratspräsidentin	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	3
- Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle	5
- Orientierung GPK; Datenschutz	6
- Gegenvorschlag Initiative bezahlbares Wohnen	6
- Regenbecken Gyrischachen	11
- Polieregasse / Gysnauweg; Sanierung Abwasserleitung	12
- Auftrag FDP-Fraktion betreffend Information Petition	13
- Auftrag Grüne Burgdorf betreffend Energiesparmassnahmen	14
- Wahl des Stadtratsbüros 2023 der Präsidentin / des Präsidenten der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten von 2 Stimmezähler	16
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	18

## **Appell**

Der durch den Stimmzähler Wüthrich Urs durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 35 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadträte Grimm Jürg, Jenni Josef Timoteo und Thompson Ian treffen im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

---

## **Traktandenliste**

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

---

SRB: 2022-606 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Informationen der Stadtratspräsidentin**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther begrüsst die Anwesenden zur siebten und letzten Sitzung im Jahr 2022.

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther teilt mit, dass die Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzungen vom 7. November 2022 an der Stadtratssitzung vom 30. Januar 2023 erfolgt. Stadtpräsident Berger Stefan musste sich für die heutige Stadtratssitzung entschuldigen. Er trauert um seinen Vater, der nach kurzer Krankheit verstorben ist. Stadträtin Blaser Julia hat ihre Demission aus dem SR per 31. Dezember 2022 eingereicht. Die Vorsitzende bedauert die Demission und dankt ihr für ihr grosses Engagement sowie für die Zukunft alles Gute. Die Nachfolge übernimmt Hirschi David. Die Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe. Sie hat am KIWANIS Musik-Förderpreis Austragung 2022, an der HV Gartenbauverein Burgdorf, dem Kulturpreis 2022 der Burgergemeinde Burgdorf, der Vernissage zum Jahrbuch Burgdorf, der BLS Infoveranstaltung zur Werkstätte in Oberburg, der Vernissage zum Buchprojekt «sieblickt» sowie dem Tüftlerwettbewerb Burgdorf teilgenommen. Zwei Anlässe waren besonders erfreulich, weil es um junge Menschen gegangen ist. Erstens der Tüftlerwettbewerb, der im Lindenfeldschulhaus stattgefunden hat, sowie der KIWANIS Förderpreis im Casino Theater.

---

SRB: 2022-607 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Informationen aus dem Gemeinderat**

#### **Verhandlung**

Gemeinderat Grimm Christoph informiert über die Willkommensklasse in Burgdorf. Momentan sind 11 Willkommensklassen an vier Standorten. Das ist seit Sommer 2022 Status quo. Es sind im Moment rund 115 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine, die in den Willkommensklassen zur Schule gehen. Bis im Sommer 2023 wird es so weitergehen. Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) verlangt aber die sukzessive Integration dieser Schülerinnen und Schüler. Das wird in Burgdorf im Jahr 2023

vollzogen, aber man kann nicht alle in die Regelklasse überführen. Es gibt verschiedene Kompetenzen, die vorhanden sein müssen, um in die Regelklassen integriert zu werden. Die Willkommensklassen werden nächsten Sommer 2023 weitergehen, aber in einem wesentlich reduzierten Mass. Wie viele Kinder man integrieren kann, weiss man jetzt noch nicht. Vieles ist zum heutigen Zeitpunkt noch unklar. Integrieren kann man Kinder, die man geprüft hat, ob es möglich wäre. Vor allem geht es um den Wohnsitz und die Wohnsituation. Familien, die in einer Kollektivunterkunft wohnen, wollen so schnell wie möglich wieder zurück gehen oder gehen in eine andere Gemeinde. In dieser Situation ist eine Integration nicht sinnvoll. Ab Sommer 2023 wird auf zwei Schienen gefahren. Man versucht, Kinder zu integrieren. Die Abklärungen laufen in Zusammenarbeit mit der BKD und den Schulleitungen. Es wird auch keine Klassen geben, bei denen 10 ukrainische Kinder sind. Es wird eine grosse Herausforderung sein. Die Lehrerschaft in allen Schulhäusern wird am 13. Dezember 2022 von den Schulleitungen gleichzeitig informiert. Weiter Informationen folgen zu gegebener Zeit.

Gemeinderat Bucher Theophil informiert in Vertretung von Stadtpräsident Berger Stefan über die Eigentümerstrategie der Localnet AG. Die Erneuerung der Eigentümerstrategie ist ein Legislaturziel. Der Gemeinderat (GR) hat am 14. März 2022 das Projektkonzept und den Konzeptplan zur Erneuerung der Eigentümerstrategie der Localnet AG verabschiedet. Das Terminziel war die Verabschiedung der neuen Eigentümerstrategie bis Ende 2022. Das Ziel mit der neuen Eigentümerstrategie ist als Eigentümerin den aktualisierten Willen zu den Zielen, Tätigkeiten und Rahmenbedingungen gegenüber der Localnet AG festzulegen. Die aktuelle Eigentümerstrategie wurde vor zehn Jahren erstellt. Eine paritätisch zusammengesetzte Projektgruppe aus Mitgliedern des GR und des Verwaltungsrates der Localnet AG sowie CEO Gnehm Urs haben in vier Workshops die Eigentümerstrategie entwickelt und die Fragen diskutiert. Der GR hat die neue Eigentümerstrategie am 5. Dezember 2022 verabschiedet. Die Eigentümerstrategie ist auf der Homepage der Stadt Burgdorf aufgeschaltet. Zudem wurde eine Medienmitteilung mit Sperrfrist bis heute Abend um 19.00 Uhr verschickt. Die Eigentümerstrategie ist ein öffentliches Dokument. Die Eigentümerstrategie entspricht einem schlanken Dokument und den Vorgaben eines modernen Public Corporate Governance. Man hat die Grundlagen, den Zweck, die Ziele, die Vorgaben zur Umsetzung der Eigentümerstrategie und die Schlussbestimmungen erarbeitet. Die Grundlagen sind die Gemeindeordnung, das Versorgungsreglement, den Kommunale Richtplan Energie sowie energie- und klimapolitisch relevante Vorgaben der Stadt Burgdorf. Die inhaltliche Ausgestaltung wird nicht in der Eigentümerstrategie aufgeführt, sondern im kommunalen Richtplan Energie, der auch verbindlich für die Localnet AG ist. Der Richtplan wird in einem gemeinsamen Prozess entwickelt. Die Klimastrategie und Energiestrategie werden in einem nächsten Schritt erarbeitet. Im Frühling 2024 soll der neue Richtplan erarbeitet sein. Die Vorgaben der Stadt Burgdorf sind veränderbar. Das hängt auch von den Entscheiden des GR und SR zusammen. Die Klimastrategie soll rund in einem halben Jahr erarbeitet sein. Der Zweck der neuen Eigentümerstrategie sieht eine nachhaltige Energieversorgung, eine langfristige Versorgungssicherheit, eine effiziente Energienutzung, eine hohe Standortattraktivität mit innovativen Produkten sowie marktgerechte und attraktive Preise und soweit als möglich finanzielle Erträge für die Stadt Burgdorf. Die neue Eigentümerstrategie beinhaltet unternehmerische, wirtschaftliche, finanzielle, soziale und ökologische Ziele. Die Umsetzung der neuen Eigentümerstrategie beinhaltet Vorgaben zur Geschäftstätigkeit, zu den Finanzen, zur Infrastruktur, zur Organisation und zur Berichterstattung. Weitere Details sind in der aufgeschalteten Eigentümerstrategie ersichtlich.

---

SRB: 2022-608 | Registratur-Nr. 1.10.1000.50

## **Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle**

### **Verhandlung**

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass die GPK basierend auf diversen Reglementen im Auftrag des SR verschiedene Aufgaben wahrnimmt. Eine dieser Aufgaben ist die Oberaufsicht über die Verwaltung gemäss Artikel 18 des Kommissionsreglements. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, führt die GPK unter anderem eine jährliche Kontrolle in der Verwaltung durch. Diese Verwaltungskontrolle kann als Audit verstanden werden und ist eine Momentaufnahme basierend auf Aussagen der befragten Mitarbeitenden der Verwaltung sowie eigener Beobachtungen. Die GPK behandelt diese Aussagen vorurteilslos und unpolitisch. Aus den Aussagen und den Beobachtungen leitet die GPK Erkenntnisse ab und formuliert zuhanden des GR einen Bericht mit möglichem Handlungsbedarf. Die GPK erteilt dabei keine Aufträge, sondern versteht sich als Hinweisgeber für Korrekturen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass der GR im Nachgang einer Verwaltungskontrolle auf kritische Äusserungen in einer gemeinsamen Sitzung mit der GPK reagieren und sich dazu äussern kann. Damit kann sichergestellt werden, dass der GR auf mögliche Fehlinterpretationen seitens der GPK reagieren kann. Die Einsichtnahme des Berichtes wird nur den Mitgliedern der GPK, dem GR sowie dem zuständigen leitenden Mitarbeiter in der Verwaltung, in diesem Fall Kummer Hans Rudolf, gewährt. Die Verwaltung und der GR entscheiden anschliessend selber, wie sie mit dem Inhalt respektive dem darin formulierten Handlungsbedarf umgehen und diesen anderen Stellen zugänglich machen wollen. Für eine optimale Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der GPK ist diese Vertraulichkeit notwendig, damit die Interviewpartner sehr offen und transparent kommunizieren können. Am 25. August 2022 wurde die Verwaltungskontrolle in der Bildungsdirektion durchgeführt. Kern der Erhebung bildeten sechs Interviews mit Mitarbeitenden der Verwaltung auf allen Ebenen, welche von Zweier- respektive Dreier-Teams der GPK durchgeführt wurden. Die GPK dankt an dieser Stelle allen befragten Mitarbeitenden für die konstruktive Zusammenarbeit und die offene Information. Die Resultate der Erhebung wurden am gleichen Tag in den einzelnen Interviewteams respektive im Plenum der GPK zusammengetragen, im Verwaltungskontrollbericht zusammengeführt und mit Handlungsempfehlungen ergänzt. An der ordentlichen GPK-Sitzung vom 20. Oktober 2022 wurde die finale Version des Verwaltungskontrollberichtes verabschiedet und anschliessend den verantwortlichen Personen zugestellt. Die Vorbesprechung des Berichtes fand am 17. November 2022 statt. Die Teilnehmenden, Gemeinderat Grimm Christoph und Kummer Hans Rudolf, Leiter Bildungsdirektion, sowie Vizepräsidentin Zingg Righetti Sybille, Sekretärin Meier-Gubser Stefanie und Präsident Gerber Thomas seitens der GPK, haben den Bericht akribisch durchgearbeitet. Diese Vorbesprechung bildete zusammen mit dem Verwaltungskontrollbericht die Grundlage für die gemeinsame Sitzung der GPK mit dem GR vom 21. November 2022. Zusammenfassend darf gesagt werden, dass die Bildungsdirektion grundsätzlich einen gutorganisierten und teamorientierten Eindruck hinterlässt und in wenigen Bereichen Handlungsbedarf besteht. Zentraler Bereich ist das Vorantreiben einer einheitlichen direktionsübergreifenden und prozessorientierten städtischen Strategie mit Vermeidung von Widersprüchen bei der Festlegung einzelner Strategien. Ebenfalls gilt es, Funktions- und Stellenbeschriebe sowie das Verzeichnis der Datensammlungen regelmässig zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Die GPK hat den ehrlich positiven Eindruck, dass der GR und die Verwaltung den Handlungsbedarf erkannt haben und auch willens sind, Anpassungen vorzunehmen respektive bereits Anpassungen vorgenommen haben. Eine schriftliche Stellungnahme des GR betreffend die Umsetzung der Handlungsempfehlungen wird der GPK bis am 31. Oktober 2023 vorgelegt. Die GPK dankt an dieser Stelle nochmals allen Beteiligten für die konstruktive Zusammenarbeit.

---

SRB: 2022-609 | Registratur-Nr. 1.7.2

### **Orientierung GPK; Datenschutz**

#### **Verhandlung**

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass gemäss Artikel 33 Absatz 1 des kantonalen Datenschutzgesetzes (KDSG) jede Gemeinde im Kanton Bern eine Aufsichtsstelle für den Datenschutz bezeichnet. Diese steht unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle. Die Stadt Burgdorf hat durch Artikel 18 Absatz 2 des Kommissionsreglements und Artikel 10 des Datenschutzreglements die GPK mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe beauftragt. Die GPK informiert dabei den SR jährlich über ihre Tätigkeit als Aufsichtsstelle für den Datenschutz. Dazu dient ein Bericht, der auf der Website der Stadt Burgdorf veröffentlicht wird. Für das Jahr 2022 wurde der Bericht anlässlich der ordentlichen GPK-Sitzung vom 24. November 2022 verabschiedet und aufgeschaltet. Es wurde eine Vorabkontrolle im IT-Bereich gemäss Artikel 17 KDSG durchgeführt. Diese betraf den Ersatz einer Verwaltungssoftware im Schulsozialbereich. Eine weitere Vorabkontrolle, bei der es um den Ersatz der Software Office 365 geht, ist in Arbeit. Im Berichtsjahr sind keine aufsichtsrechtlichen Anzeigen von Bürgerinnen und Bürger betreffend Datenschutz eingegangen, es wurden keine Zustimmungsgesuche zur Videoüberwachung behandelt und es sind keine Gesuche um Entbindung vom Amtsgeheimnis eingegangen. Die wichtigsten Anfragen aus der Stadtverwaltung können im Bericht eingesehen werden. Zudem muss gemäss Artikel 18 KDSG jede Gemeinde im Kanton Bern ein öffentlich zugängliches Register der Datensammlungen führen, welches darüber Auskunft gibt, welche Sammlung von Personendaten in der Stadtverwaltung vorhanden sind. Das Register ist ebenfalls auf der Website der Stadt Burgdorf zugänglich. Aktuell werden neue datenschutzbezogene Gesetze und Verordnungen in Kürze in Kraft gesetzt. Die zuständigen Stellen der Stadt Burgdorf sind informiert und daran, die neuen Vorgaben umzusetzen.

---

SRB: 2022-610 | Registratur-Nr. 3.11

### **Gegenvorschlag Initiative bezahlbares Wohnen**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther stellt die Eintretensfrage, Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat von Arb Peter vertritt bei diesem Geschäft Stadtpräsident Berger Stefan. Im Herbst 2016 wurde die Initiative für bezahlbares Wohnen in Burgdorf eingereicht. Das Initiativkomitee besteht aus der SP Burgdorf und dem Mieter- und Mieterinnenverband. Ein Jahr später sind 1'370 Unterschriften zusammengekommen und diese wurden bei der Stadt Burgdorf eingereicht. Der GR hat den Initiativtext einer ersten Einschätzung unterzogen und festgehalten, dass man mit dem grundsätzlichen Ziel der Initiative einverstanden ist. Es besteht aber die Problematik, dass die entsprechenden Angaben im Initiativtext zu ungenau formuliert waren, um sie als Vorschrift entsprechend umzusetzen. Der GR hat zudem festgehalten, dass man die Siedlungsentwicklung nach innen in den Quartieren nicht verhindern will. Einzelne Punkte der Initiative sind sogenannte Absichtserklärungen, die

der GR entgegennimmt. Wie ist man vorgegangen? Mit den Initianten wurde gemeinsam ein Gegenvorschlag ausgearbeitet. Mit dem Gegenvorschlag sind die Initianten entsprechend auch einverstanden. Erfahrungen aus anderen Gemeinden und Städten sind in den Gegenvorschlag eingeflossen. Es erfolgte auch eine Vorprüfung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) und diese hat festgestellt, dass der Gegenvorschlag genehmigungsfähig ist. Er ist weitgehend identisch mit anderen Gemeinden oder Städten. Ein Exkurs zur Änderung der Praxis zum öffentlichen Interesse. Im Vorprüfungsbericht zur Initiative wird der Nachweis der öffentlichen Nutzung noch gefordert. Im Vorprüfungsbericht zum Gegenvorschlag wird festgehalten, dass das öffentliche Interesse als verfassungsmässig beurteilt wird und deshalb nicht mehr separat nachgewiesen werden muss. Der Gegenvorschlag liegt schriftlich vor. Beim Gegenvorschlag hat man die sogenannten Präzisierungen ergänzt. Es wurde ein Nutzungsmass von mindestens 3'000 m<sup>2</sup> Geschossfläche. Das wurde bewusst ergänzt, weil man kleine Verdichtungen nicht tangieren will. Wenn jemand ein Einfamilienhaus oder ein Doppelfamilienhaus umbauen will, wird dies von der Initiative oder dem Gegenvorschlag nicht tangiert. Im weiteren hat man festgelegt, dass mindesten ein Drittel der zusätzlichen Wohnnutzung als preisgünstiger Wohnraum ausgestaltet werden muss. Zudem wurde die Anbindung an die eidgenössische Wohnraumförderungsverordnung (WFV) vom 26. November 2003 ergänzt. In dieser ist auch die Kostenmiete aufgeführt. Die Kostenmiete enthält alle Kosten für den Betrieb, den Unterhalt, die Verwaltung und auch den Werterhalt, aber es erfolgt keine Rendite. Der Gegenvorschlag wurde durch das AGR geprüft und ist als genehmigungsfähig beurteilt worden. Es erfolgte eine öffentliche Auflage der Dokumente vom 25. August 2022 bis 26. September 2022. Es wurde keine Einsprache eingereicht. Das heisst, der GR überweist den Beschluss für den Gegenvorschlag an den SR. Gewisse Fragen wurden bereits in der online Sitzungsverwaltung beantwortet. Auf diese Fragen wird nicht mehr speziell eingegangen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man den Gegenvorschlag zur Initiative für bezahlbares Wohnen einstimmig unterstützt. Vor sechs Jahren ist die Initiative für bezahlbares Wohnen in Burgdorf von der SP Burgdorf und dem Mieterinnen- und Mieterverband eingereicht worden. Schon bei der Unterschriftensammlung hat man von der Bevölkerung viele positive Rückmeldungen erhalten. In den folgenden Jahren hat man geduldig mit der Baudirektion und unterschiedlichen Leuten zusammengearbeitet, um einen Kompromissvorschlag zu finden, der mehrheitsfähig ist. Die SP Burgdorf steht voll hinter dem Kompromiss, auch wenn der Gegenvorschlag weniger weit geht als die Initiative. Die Initiative steht im Moment noch. Wenn der Gegenvorschlag zum Tragen kommt, wird die Initiative sicher zurückgezogen. Es ist ein Verfassungsauftrag von Bund und Kanton, nämlich die Schaffung und Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum. Es braucht eine sanfte Lenkung der Stadt Burgdorf. Das ist im Vorprüfungsbericht des AGR dargelegt, wo die Massnahmen auch klar als verhältnismässig taxiert wird. Der Gegenvorschlag gibt der Stadt Burgdorf die Möglichkeiten für ein ausgewogenes Wohnangebot, das eine gute Durchmischung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Vielfalt der Bevölkerung fördert. Genau wie es im Entwicklungsleitbild festgehalten ist. Der vorliegende Kompromissvorschlag ist präzise formuliert und einfach umgesetzt werden kann. Der Gegenvorschlag hindert Hausbesitzer mit kleinen Wohnflächen nicht daran zu renovieren oder zu verdichten. Der Gegenvorschlag gilt für Projekte mit zusätzlichem Nutzungsmass von mindestens 3'000 m<sup>2</sup>. Genau das ist ein wichtiges Argument für den Kompromiss. Bei der Mitwirkung haben die Gegner moniert, dass der Leerstand genug hoch ist und deshalb sei der Gegenvorschlag nicht nötig. Die Stadt Burgdorf hat schon damals richtigerweise kommentiert, dass die Massnahmen einen längerfristigen Zeithorizont haben. Man kann sich streiten, was genug leere Wohnungen heisst. Vor zwei Jahren war die Leerstandsquote unter 2 Prozent. Eine Limite des Angebotes, das von einem Immobiliengeschäft unabhängigen Experten als Minimum angeschaut wird, wird als Kleinmarkt taxiert.

Die Leerstandsquote wurde mittlerweile halbiert. Die SP-Fraktion findet den Gegenvorschlag ein praxistaugliches Instrument zur Förderung von preisgünstigem Wohnungsbau und zur Verbesserung eines ausgewogenen Wohnraumangebot für alle Bevölkerungsschichten von Burgdorf.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass Weihnachten vor der Türe steht und einmal mehr soll der Weihnachtsmann das Christkind Geschenke verteilen oder besser gesagt der GR. Mit dem Gegenvorschlag, der notabene mit sechs Jahren Verzögerung vorgelegt wird, wird uns bereits vor Annahme der Initiative eine pfefferscharfe Umsetzung der Initiative vorgeschlagen. Notabene wissen wir nicht, ob die Initiative zurückgezogen wurde. Wenn man schon Vergleich mit anderen Gemeinden macht, darf man auch sagen, dass der Gegenvorschlag in anderen Gemeinden in der Regel eine viel tieferen Leerwohnungsstand hat. In der Politikwissenschaft würde man jetzt von Klientelpolitik sprechen. Man ist sich bewusst, dass Wohnbaupolitik beim Volk beliebt ist. Ohne das Portemonnaie zu öffnen, kann man mit dem Schlagwort günstiger Wohnraum Wahlkampf machen. Natürlich ist es auch der FDP-Fraktion ein grosses Anliegen, dass es genug günstigen, vor allem auch qualitativ guten Wohnraum gibt. Aber gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Sowohl die Initiative, als auch der Gegenvorschlag sind das falsche Instrument, um die Wohnungsmieten zu regulieren und greifen massiv in den Markt ein. Es wird schnell das Argument, es gibt ja andere Städte, gebracht, aber in anderen Städten ist die Ausgangslage eine andere. Wir haben weder zum jetzigen Zeitpunkt noch bei der Einreichung der Initiative einen Wohnungsnotstand gehabt. Im Gegenteil, der Markt hat gut funktioniert und trotz Inflation sinken die Wohnungsmieten. Das Argument vom Leerwohnungsbestand ist im Rahmen der Vernehmlassung von vier Mitwirkenden eingegeben worden. Der GR bestätigt dies im Ergebnisbericht sogar, dass es zutreffend ist und sich die Verhältnisse im Leerwohnungsbestand ändern können. Es ist eine rein prophylaktische Massnahme, weil sich seither nicht viel geändert hat. Bei der Initiative und dem Gegenvorschlag kommt es einem vor, als ob man mit einem Zamboni den Rasen mähen will. Mit dem Gegenvorschlag und den vorgesehenen Regelungen werden die Investoren abgeschreckt und weniger Wohnraum geschaffen. Alle, die einmal Wirtschaftsunterricht hatten, wissen, wie Angebot und Nachfrage funktioniert. Sinnvolle Arealentwicklung wie beispielsweise an der Thunstrasse, der Burgermatt oder im Fischermätteli mit günstigem Wohneigentum im Baurecht der Burgergemeinde wäre mit der neuen Auslegeordnung wohl gar nicht mehr möglich. Die Geschossfläche von 3'000 m<sup>2</sup> mag auf den ersten Blick sehr hoch erscheinen, da man in Burgdorf aber versucht zu verdichten, wird in Zukunft noch mehr in die Höhe gebaut. Gerade bei Hochhäusern oder grösseren Überbauungen ist man schnell über den 3'000 m<sup>2</sup>. Der GR schreibt, dass sich die Investoren auf die Vorgaben eingestellt haben. Es ist logisch, dass sich die Unternehmen logischerweise richten müssen. Aber was wird passieren? Der Gegenvorschlag verteuert die Wohnungspreise in Burgdorf, es gibt weniger Wohnraum und vor allem teuren Wohnraum für Familien, die auf grössere Wohnungen angewiesen sind. Es ist davon auszugehen, dass die Kostenmieten vor allem bei kleineren Wohnungen angeboten werden und die grösseren zu einem teureren Preis. Es wird eine Quersubventionierung stattfinden. Einmal mehr auf Kosten des Mittelstandes, also auch den guten Steuerzahlenden. Anscheinend ist es kein Anliegen des GR wie die Statistik des Steuersubstrates zeigt, dass wir unterdurchschnittlich sind. Auch da könnte man einen Vergleich zu anderen Gemeinden machen. Die Wohnbaugenossenschaften sind ein sinnvolles Instrument. Es gibt aber Menschen, die sich keine Wohnung leisten können. Nicht gutverdienende Personen können sich keine Mitgliedschaft bei einer Wohnbaugenossenschaft leisten. Es gibt im Übrigen auch Studien, die zeigen, dass bei Wohnbaugenossenschaften oftmals Ausländerinnen und Ausländer benachteiligt werden. Über die unfaire Situation bei der Vergabe kann der SR keinen Einfluss nehmen. Wer soll darüber entscheiden, wer den Zuschlag für die Wohnung mit Kostenmiete erhält? Sind das die Mitglieder des SR mit dem entsprechenden Parteibüchlein? Sind die Mieten trotz Kostenmiete zu hoch angesetzt, wird es leere Wohnungen geben und es kommen Personen zum Zug, die vielleicht nicht



darauf angewiesen sind. Es ist deshalb fragwürdig, wie auch die Forderung der zweiten Absichtserklärung. Der GR wird aufgefordert, die zweite Absichtserklärung nicht weiter zu bearbeiten und gemeinnützige Wohnbauträger bei der Landbeschaffung und der Umsetzung von Projekten zu unterstützen. Die Stadt Burgdorf besitzt auch kein Land, das sie so abgeben kann. Und noch ein städtebauliches Argument. Die Stadt Burgdorf soll sich weiterentwickeln und nicht zu einem Loch werden mit günstigen Einheitsbauten. Aus städtebaulicher Sicht verunmöglicht eine Kostenmiete architektonisch schöne und vor allem qualitativ hochwertige Bauten. Die Fixkosten sind nämlich die gleichen, ob in Bern oder Burgdorf. Die Mietpreise in Burgdorf können nicht beliebig erhöht werden. Das geht auch auf Kosten der Isolation und PV-Anlagen oder werden bei solchen Projekten nicht berücksichtigt. Das ist wahrscheinlich nicht im Sinne der Initianten. Auch die Stadt Burgdorf hat gewinnbringende Liegenschaften wie der alte Markt zeigt. Die Stadt Burgdorf wollte die Liegenschaft verkaufen, was nicht gelungen ist. Das gibt beim Gegenvorschlag sicher auch weniger Einnahmen bei stadteigenen Projekten wie beispielsweise auf dem Viehmarktplatz. Man denkt zum Beispiel auch an das Projekt B.move, dem heute der Todesstoss gegeben wird. Das Projekt sollte das ganze Projekt quersubventionieren. Wie ist es sonst finanzierbar? Die FDP-Fraktion lehnt die Initiative und den Gegenvorschlag ab. Man ist sich noch nicht ganz bewusst, ob ein Referendum eingereicht wird.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass es durchaus gute Argumente für den Gegenvorschlag gibt, aber es gibt auch Argumente diesen abzulehnen. Es war eine kontroverse Diskussion. Man hat sich intensiv damit auseinandergesetzt. Unter dem Strich muss festgestellt werden, dass das Bedürfnis an bezahlbarem Wohnraum vorhanden ist und von einer breiten Bevölkerungsschicht gewünscht ist, unabhängig des Parteibüchleins. Die GLP-Fraktion hat sich auch mit den Argumenten im Mitwirkungsbericht auseinandergesetzt und vor allem von den Gegnern der Initiative sind verschiedene Argumente vorgebracht worden. Diese Argumente, wie das Burgdorf für Investoren uninteressant wird, treffen nicht zu. Die GLP-Fraktion wird mehrheitlich dem Gegenvorschlag zustimmen.

Stadträtin Blaser Julia, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass der Gegenvorschlag klar und detailliert formuliert wurde. Die Beschreibung von mindestens 3'000 m<sup>2</sup> Geschossfläche bei Ein- und Umzonungen bei Zonen mit Wohnnutzung ist sehr gut nachvollziehbar. Es macht keinen Sinn, unter 3'000 m<sup>2</sup> Wohnfläche zu gehen, da sich der Vermieter den Wohnraum sonst nicht leisten kann. Der Mietpreis wäre sonst zu tief und nicht realistisch. Die EVP-Fraktion ist deshalb für den Gegenvorschlag zur Initiative bezahlbares Wohnen und dankt dem GR für die Ausarbeitung.

Stadträtin Lühti-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass es klar und unbestritten ist, dass eine gute soziale Durchmischung in Wohnquartieren sinnvoll ist. Ob in Burgdorf nun Handlungsbedarf besteht in diesem Punkt, ist man sich nicht einig mit den Initianten. Burgdorf hat in Vergangenheit mit dem Uferweg gezeigt, dass günstiger Wohnraum realisiert werden kann ohne zusätzlichen Artikel im Baureglement. Die Praxis zeigt, dass es Investoren gibt, wo sich auf das Thema einlassen und zwar ohne Zwang, wenn ein Areal entwickelt wird. Die gute partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen PREVIS und der Stadt Burgdorf hat hier ohne Zwang zu einem guten Resultat geführt. Zwar ist der Gegenvorschlag ein bisschen besser als die Initiative selber. Beim Gegenvorschlag ist durchaus begrüßenswert, dass Absatz b und c nicht mehr im Artikel enthalten sind, sondern bloss als Absichtserklärung aufgeführt sind. Zudem ist der Gegenvorschlag mit klareren Zielvorgaben als die Initiative selber formuliert. Dennoch kann weder der Gegenvorschlag, noch die Initiative überzeugen. Das Ganze ist ein weiterer Eingriff in das Eigentum- und Wirtschaftsrecht, das klar abgelehnt wird. Die Stadt Burgdorf soll nur dort eingreifen, wo sehr zwingender Handlungsbedarf besteht. Den

Handlungsbedarf sieht man hier nicht. Die SVP-EDU-Fraktion wird grossmehrheitlich dem Gegenvorschlag nicht zustimmen. Schlussendlich schreckt man vor einer Abstimmung nicht zurück. Man ist der Meinung, dass der Souverän das letzte Wort haben soll.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, nimmt Stellung zu den gemachten Voten. Von einer Verzögerung von sechs Jahren zu sprechen, ist völlig falsch. Es ist keine Verzögerung, sondern eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Baudirektion und dem Initiativkomitee. Dies hat seine Zeit gebraucht. Man hat es gehört und man kann es auch der Stadtratsvorlage entnehmen, dass der Leerwohnungsstand irrelevant ist. Dies weil das öffentliche Interesse aufgrund eines Bundesgerichtsentscheides nicht mehr nachgewiesen werden muss. Gemäss Votum von Stadtrat Käsermann Fabian wird dies im Zweifelsfall trotzdem gegeben. Es wurde gesagt, dass der Markt funktionieren würde. Die bittere Realität sieht jedoch ganz anders aus. Die Wohnkosten sind für die meisten Menschen schon jetzt der grösste Ausgabenposten und überschreiten die Faustregel, dass die Mietkosten maximal 20 Prozent vom Nettoeinkommen ausmachen soll. Fakt ist, dass die Mieten nicht sinken, trotz Inflation. Eine Studie vom Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien (BAS) hat aufgedeckt, dass wer im Jahr 2021 in einer durchschnittlichen Mietwohnung gelebt hat durchschnittlich Fr. 370.-- zu viel Miete bezahlt hat. Auf das ganze Jahr gerechnet sind das Fr. 4'440.--. Auf alle Wohnungen in der Schweiz hochgerechnet ergibt das rund 10 Mia. Franken, das zu Unrecht von den Mieterinnen und Mietern an die Vermietung bezahlt wird. Der Markt beziehungsweise das Angebot und die Nachfrage funktionieren definitiv nicht. Aus den Voten geht heraus, dass der Gegenvorschlag zu weit gehe und ein Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit sei. Der Gegenvorschlag ist moderat. Nur ein Drittel würde preisgünstig bleiben oder anders gesagt zwei Drittel wären immer noch dem normalen Markt überlassen. In der Regel würde immer noch zu viel Miete bezahlt werden. Man vertraut auch darauf, dass die Zusprache vom preisgünstigen Wohnraum nur an Personen erfolgt, die auch darauf angewiesen sind. Wir wissen alle, es gibt entsprechende Mittel und Systeme damit dies sichergestellt werden kann, sei es, dass die Mieterinnen und Mieter einen Einkommensnachweis erbringen müssen. Der Kostendruck durch die Initiative beziehungsweise der Gegenvorschlag hat null Auswirkungen auf die gestalterische und bauliche Qualität. Bereits im Mitwirkungsbericht kann entnommen werden, dass es nicht darum geht, billig zu bauen. Die Sicherung der gestalterischen und baulichen Qualität gehört zu jedem Bauprojekt. Zur Überbauung Uferweg wagt man sich zu behaupten, dass genau wegen der hängigen Initiative dazu beigetragen hat, dass die Eigentümerschaft von sich aus erklärt hat, dass ein Teil der Wohnungen der Kostenmiete unterstellt werden. Der Mieter- und Mieterinnenverband ist mit der Eigentümerin an einen runden Tisch gesessen und hat dazu beigetragen, dass es funktioniert. In diesem Sinn wird die SP-Fraktion dem Gegenvorschlag geschlossen zustimmen.

### **Abstimmung**

Der Stadtrat beschliesst den Gegenvorschlag zur Initiative "bezahlbares Wohnen".

### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 22 Ja und 14 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Antrag zu.

---

SRB: 2022-611 | Registratur-Nr. 2.8

## **Regenbecken Gyrischachen**

### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass es beim vorliegenden Geschäft um die Umsetzung des generellen Entwässerungsplan (GEP) in Kombination mit der Überbauung Uferweg der Firma PREVIS geht. Einmal mehr lösen wir mit diesen Massnahmen ein Überlastungsproblem in unserem Leitungsnetz. Bereits im Jahr 2006 wurde, im Rahmen des GEP, vorgeschlagen, im hier in Frage stehenden Perimeter ein Regenbecken zur Retention, das heisst zum Rückhalt des anfallenden Schmutzwassers, vorzusehen. Damit lösen wir auch ein bekanntes Problem. Über die heute bestehende Mischwasserentlastung im Gyrischachen werden nämlich bei Niederschlägen grosse Mengen an stark verschmutztem Mischabwasser, das Gemisch aus Regenwasser und Schmutzwasser, unbehandelt in die Emme eingeleitet. Mit dem Bau von diesem Regenbecken wird diese Situation deutlich entschärft. Somit können wir auch die Auflagen und Bedingungen des Gewässerschutzes erfüllen. Mit der Überbauung Uferweg von der PREVIS ergibt sich jetzt die Gelegenheit, das Regenbecken Gyrischachen zu realisieren. Im Rahmen der Erarbeitung der Überbauungsordnung für die Mehrfamilienhäuser ist gleichzeitig, in der Stadtratsvorlage ist es detailliert aufgeführt, mit einem Vorprojekt das Regenbecken entworfen und im Bebauungsperimeter platziert worden. Der GR hat am 15. Mai 2017 den Kredit dazu genehmigt, Die beste Lösung aus verschiedenen Varianten wurde dann ausgewählt. Am 21. Oktober 2019 hat der GR den Kredit für das Bauprojekt frei gegeben. Sämtliche weitere Details zu diesem Geschäft sind in der Stadtratsvorlage enthalten. In der online Sitzungsverwaltung wurden Fragen formuliert und auch erschöpfend beantwortet. Der GR bittet den SR, den Anträgen zuzustimmen, damit man termingerecht mit den weiteren Arbeiten beginnen kann.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass das Regenbecken gut aussieht, sicher technisch perfekt ist und eine Verbesserung bringt. Trotzdem ist es ein Ausdruck einer Pflästerlipolitik, die man hier betreibt, weil bekannt ist, dass in Burgdorf immer mehr und mehr gebaut und verdichtet wird. Das bedeutet, man hat mehr Dachfläche, versiegelte Flächen und die ARA ist früher oder später überlastet. Weiss der SR was passiert, wenn es stark regnet? Bei der ARA hat es einen Überlauf und das Wasser geht ohne ARA direkt in das nächste Gewässer. Das ist bei jeder ARA so. Es ist das Prinzip, wenn es stark regnet wird es verdünnt in das nächste Gewässer geleitet, so dass es nicht mehr so schlimm ist. Das System ist so. Die einzige Lösung für dieses Dilemma ist, das Regenwasser versickern zu lassen. Das ist die einzige Lösung, die in Zukunft noch funktionieren kann, wenn wir so weiter bauen wie bis anhin. Deshalb der Aufruf, dass man alles versickern lässt. Das ist nämlich nicht der Fall. In der Überbauungsordnung Steinhof, die momentan aufliegt, wird nicht versickert, das Regenwasser wird vollumfänglich in die ARA geleitet. Das kann keine Lösung auf Dauer sein. Trotzdem steht die Grünen-Fraktion vollumfänglich hinter dem Regenbecken, weil man da nicht mehr viel machen kann. In Zukunft muss aber erste Priorität die Versickerung sein.

Stadträtin Kalbermatten Mirjam, namens der SVP-EDU-Fraktion, dankt der Verwaltung für die ausführliche und vor allem detaillierte Vorlage. Es geht bei diesem Geschäft um viel Geld. Man ist jedoch überzeugt, dass die Ausgaben und die Entwässerung inklusive Bau des Regenbeckens notwendig ist. Die SVP-EDU-Fraktion wird dem Antrag folgen und zustimmen.

Gemeinderat Rappa Francesco dankt Stadtrat Hedinger Christian für seinen Aufruf. Die Versickerung wird, wenn immer möglich versucht so umzusetzen. Gemeinderat Rappa Francesco ist Verwaltungsratsmitglied der ARA. Im Sommer fand ein Anlass statt, wo die ARA von A bis Z angeschaut wurde. Den erwähnten Überlauf hat man gesehen. Es ist jedoch nicht bekannt, dass der Überlauf in den letzten Jahren ausgeschöpft wurde. Gemeinderat Rappa Francesco wird der Sache nachgehen und nachfragen.

#### **Abstimmung**

1. Das Ausführungsprojekt Regenbecken Gyrischachen wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit in der Höhe von CHF 3'895'000.00 genehmigt (Sachgruppen-Nr. 5032.01 Tiefbauten Abwasserentsorgung, Kostenstellen-Nr. 2210.5032.05 Regenbecken Gyrischachen CHF 3'000'000.00; Kostenstellen-Nr. 2210.5032.14 Leitungsbau Gyrischachen CHF 895'000.00).
3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

---

SRB: 2022-612 | Registratur-Nr. 2.8

#### **Poliergasse / Gysnauweg; Sanierung Abwasserleitung**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK, des GR und SR werden keine Bemerkungen gemacht.

#### **Abstimmung**

1. Das Projekt „Poliergasse / Gysnauweg; Sanierung Abwasserleitung“ wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Kredit in der Höhe von CHF 600'000.00 (Sachgruppen-Nr. 5032.01 Tiefbauten Abwasserbeseitigung, Kostenstellen-Nr. 2210.5032.13) genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

---

SRB: 2022-613 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Auftrag FDP-Fraktion betreffend Information Petition**

#### **Verhandlung**

Stadratspräsidentin Liechti-Lanz Esther stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GPK, teilt mit, dass man das vorliegende Geschäft umfassend geprüft hat. Der GR hat bei der Beantwortung des Auftrages einen eigenen Vorschlag mit einem abgeänderten Wortlaut vorgebracht. Inhaltlich ist der abgeänderte Wortlaut nahe der ursprünglichen Variante. So wird der GR bei beiden Varianten der SR über eingereichte Petitionen informieren. Der GR ist jedoch der Ansicht, dass dazu das Stadtratsreglement nicht geändert werden soll. Da der GR im Gegensatz zur GPK nach geltendem Reglement weder den Wortlaut eines Auftrages, noch eigene Anträge stellen kann gemäss Stadtratsreglement Artikel 26 Absatz c, verlangt die GPK eine Gegenüberstellung der beiden Varianten. Erst im Anschluss soll über die Annahme oder Ablehnung des Auftrages abgestimmt werden. Seitens der GPK erfolgen keine weiteren Bemerkungen. Die GPK schlägt dem SR das Geschäft zur Behandlung vor.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass gemäss Bundesverfassung Artikel 33 jede Person eine Petition bei den Behörden einreichen kann. Deshalb ist es wichtig, dass der SR darüber entsprechend informiert wird, wenn eine Petition beim GR eingereicht wird. Ausschlaggebend war die Petition zur Weihnachtsbeleuchtung, auf die man angesprochen wurde und keine Kenntnis davon hatte. Das ist auch der Hintergrund zum Auftrag. Die FDP-Fraktion dankt dem GR für den guten Vorschlag, dem man zustimmen kann. In diesem Sinn unterstützt die FDP-Fraktion den Wortlaut des GR.

Stadträtin Karrer-Siegenthaler Karin, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass das Anliegen der FDP-Fraktion nachvollziehbar ist. Im Sinn der Transparenz ist man sich einig und unterstützt die Forderung. Die SP-Fraktion wird dem abgeänderten Wortlaut zustimmen, weil man der Meinung ist, dass der Originalwortlaut nicht reglementsconform ist. Die SP-Fraktion wird das Anliegen unterstützen.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass das Votum der GPK stimmt, aber wenn der Auftraggeber seinen Wortlaut gegenüber dem abgeänderten Wortlaut zurückzieht, ist es nicht mehr nötig über beide abzustimmen.

#### **Abstimmung**

Ablehnung im Originalwortlaut. Annahme mit geändertem Wortlaut.

#### **Beschluss**

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Antrag.

---

SRB: 2022-614 | Registratur-Nr. 1.7.1

### **Auftrag Grüne Burgdorf betreffend Energiesparmassnahmen**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass der am 19. September 2022 eingereichte Auftrag der Grünen-Fraktion eine Aufforderung beinhaltet, die eine traurige Dringlichkeit hat. Nicht nur der Krieg in der Ukraine, sondern auch verpasste Massnahmen wie alternative ökologische Energieproduktion, Dämmungsmassnahmen und Verzichtsmassnahmen hat man verpasst, weil Energie einfach floss und zu billig war. Die Hoffnung, dass die Strommangellage nie eintritt und dadurch Verordnungen über Sparvorgaben und Netzabschaltungen erspart bleiben, ist keine Rezeptur. Wir sind nun alle gefordert, vor allem den Energieverbrauch bezüglich Wärmeherstellung, Heizen und Wasser, zu drosseln. Der Anzeiger war teilweise voll von Baugesuchen für Cheminéeöfen. Das ist zwar eine oft regionalwachsende Energie, aber auch nicht die Lösung. Wir müssen alle von unserem Konsumross heruntersteigen und zwar jetzt. Es ist, wie im Auftrag steht, nicht nur eine ökologische Tatsache, sondern sie geht nun auch ins Geld. Die Stadt Burgdorf hat am 21. September 2022 alle Mitarbeitenden und Mietenden informiert und konkrete Massnahmen schriftlich mitgeteilt. Gemäss Auskunft von Liechti Reto, Leiter Immobilien, haben die 10 Hauswarte in der ersten Novemberwoche schriftlich mitgeteilt, was umgesetzt wurde. Die Vor- und Rückläufe wurden um die entsprechenden Grade gesenkt. Die Heizkurven wurden gesenkt. Im gut gedämmten Lindenfeld Schulhaus war die Heizung noch lange nicht eingeschaltet. Die Radiatoren wurden entsprechend den Vorgaben zurückgedreht und zum Teil fixiert. Nicht fixierte Radiatoren werden täglich kontrolliert. In Räumen, die sporadisch genutzt werden, wurden Zeitplanregler eingesetzt. In nicht genutzten Räumen sind die Radiatoren auf dem Minimum, aber so, dass kein Immobilienschaden erfolgt. Fahrzeughallen, Werkhallen und Nebenräume bleiben ungeheizt. FL-Röhren wurden bis zu 40 Prozent entfernt und die restlichen werden durch LED-Röhren ersetzt. Das ergibt Einsparungen bis zu 75 Prozent Beleuchtungsstrom. Standby-Geräte werden ausgeschaltet. Boiler durch Durchlauferhitzer ersetzt, was Einsparungen von 80 Prozent Warmwasserstrom ergibt. Die Klassenzimmer werden neu auf maximal 19 Grad geheizt. Es erfolgt in den Schulen keine Weihnachtsbeleuchtung, ausser beim Gotthelfschulhaus von 08.00 bis 08.20 Uhr. Es sind LED-Lampen. Jeden Abend werden wo möglich die Storen heruntergelassen. Die Hauswarte sind laufend daran die Lehrpersonen und Schüler darauf aufmerksam zu machen, das Licht zu löschen und auf Dauerlüften zu verzichten. Die Heizungseinstellungen werden nun gerade, da die Aussentemperatur auf null Grad sinken in der Nacht, neu eingestellt, damit sie weiterhin effizient laufen und nicht dauerleisten. Die Warmwasserboiler werden konsequent nur noch nachts aufgeheizt. Es wird geprüft, wo es abgestellt werden kann. Das Warmwasser darf aus Hygienevorschriften wegen dem Bakterium Legionellen nicht abgesenkt werden. Legionellen sind weltweit verbreitete Umweltkeime, die in geringer Anzahl natürlicher Bestandteil von Oberflächengewässern und Grundwasser sind. Legionellen vermehren sich am besten bei Temperaturen zwischen 25 und 45 Grad. Legionellen können unterschiedliche Erkrankungen auslösen. Die Energiekosten sind geschönt ausgedrückt am Tanzen. Im Budget 2023 wurden im Verwaltungsvermögen im Vergleich zu 2022 Mehrkosten von plus 24.15 Prozent eingerechnet. Im Finanzvermögen im Vergleich zu 2022 sind Mehrkosten von plus 38.44 Prozent eingerechnet. Im Finanzplan 2024 und 2025 wurden keine Mehrkosten mehr eingerechnet. Die Zahlen basieren auf dem Budget 2023. Zur Weihnachtsbeleuchtung

kann der Bereich Immobilien keine Aussagen machen. Der zuständige Gemeinderat Rappa Francesco wird darüber zu gegebener Zeit informieren. Bei der Weihnachtsbeleuchtung sind LED-Lampen im Einsatz und die Beleuchtung brennt nur bis 22.00 Uhr. Wie hoch die Energieeinsparungen sein werden, kann nicht verifiziert werden, weil wir keinen vergleichbaren milden Herbst und November haben. Der Energiepreis findet man jeweils in den Geschäftsberichten. Energiesparmassnahmen sind nicht kostenlos, das muss uns allen bewusst sein, und ist auch in Ordnung so. Man berücksichtigt bei den genannten Massnahmen auch die Kosteneffizienz. Mit der grossen Kelle können wir nicht anrühren, dazu fehlen uns die Möglichkeiten. Das ist leider so, aber fast kostenlos ist Energie gar nicht erst zu brauchen. Es wurde bereits viel gemacht und unternommen um Energie zu sparen. Der GR wird den SR selbstverständlich laufend über den Stand der Dinge informieren. Die Stadt Burgdorf soll Vorbild sein, wenn es ums Energie sparen geht. Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice hofft, mit diesen zusätzlichen Informationen genügend geliefert und die Begründungen noch verständlicher gemacht zu haben, warum der GR den Antrag stellt, den Auftrag zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Stadträtin Maurer Roschi Franca, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass der Auftrag grundsätzlich drei Forderungen beinhaltet. Die erste Forderung ist, dass die Gemeinde Energie sparen soll. Das haben wir vorhin im Votum von Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice gehört. Sehr vorbildlich und man anerkennt den Einsatz und die Leistung. Man ist auf einem guten Kurs. Die zweite Forderung ist die Sensibilisierung der Bewohner und Bewohnerinnen von Burgdorf. Bei dieser Forderung hat man das Gefühl es gebe noch Luft nach oben gemäss dem Sprichwort "tue Gutes und sprich darüber". Man hat es nun gehört, man will es jetzt aber lesen und immer wieder hören. Vielleicht sollten auch Zahlen erwähnt werden, wie zum Beispiel wie viel man nun mit der Oberstadt Beleuchtung einsparen kann. Die Begeisterung und Notwendigkeit soll für die Bevölkerung ansteckend sein. Die dritte Forderung verlangt, dass der GR den SR laufend über die Energiesparmassnahmen informiert. In der online Sitzungsverwaltung wurde erläutert, dass es in Arbeit ist eine Art Monitoring aufzugleisen. Das Monitoring hat die Grünen-Fraktion verstärkt, dass man für Eintreten und Aufrechterhaltung des Auftrages ist. Die Grünen-Fraktion hat den Antrag gestellt, getrennt über Eintreten und Aufrechterhalten abzustimmen.

Stadtrat Jenni Josef Timoteo, namens der EVP-Fraktion, dankt dem GR für die ausführliche Beantwortung des Auftrages. Es ist schön, was man alles machen kann und es zeigt, dass es durchaus Potenzial hat. Es ist cool, dass es endlich angepackt wird. Schade ist, dass die Energiekrise der Grund dafür ist. Grundsätzlich ist es wahnsinnig, was alles erreicht werden kann. Klar ist auch, dass wir wetterbedingtes Glück hatten. Gewisse Zahlen werden deshalb über das gesamte Jahr noch ändern. Energie sparen soll ein kontinuierliches Ziel sein und weiterhin umgesetzt werden. Der SR soll deshalb laufend über den Stand der Dinge informiert werden. Die EVP-Fraktion möchte deshalb den Auftrag aufrechterhalten.

Stadträtin Zingg Righetti Sybille, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass der GR hinsichtlich Energiemangellage rasch und umsichtig gehandelt. Viele Energiesparmassnahmen wurden umgesetzt und zeigen bereits Wirkung. Bisher wurde der SR regelmässig über die Energielage, die Umsetzung der Massnahmen und die weitere Planung informiert. Damit es bei diesem wichtigen und immer noch brandaktuellen Thema auch weiterhin so bleibt, ist der vorliegende Auftrag anzunehmen und gleichzeitig aufrechtzuerhalten. Die SP-Fraktion wird entsprechend abstimmen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Legionellen nicht unterschätzt werden dürfen und deshalb nicht auf die leichte Schulter genommen werden dürfen.

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther informiert über das Abstimmungsprozedere. Die Abstimmung erfolgt in zwei Schritten, zuerst über die Überweisung und dann über die Aufrechterhaltung.

#### **Abstimmung**

Auftrag überweisen

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

Stadtrat Dür Hermann möchte wissen, was die Aufrechterhaltung des Auftrages für Konsequenzen hat. Er ist der Meinung, dass der GR dadurch weiterhin fortlaufend orientieren muss. Oder entstehen dadurch weitere Kosten?

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass es keine Kosten generieren würde, weil es auch im Interesse der Stadt Burgdorf ist. Der Auftrag kann aufrechterhalten bleiben, weil es ein sehr wichtiges Thema ist.

#### **Abstimmung**

Auftrag aufrechterhalten

#### **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt mit 30 Ja Stimmen dem Antrag zu.

---

SRB: 2022-615 | Registratur-Nr. 1.7.1

#### **Wahl des Stadratsbüros 2023**

**der Präsidentin / des Präsidenten**

**der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten**

**der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten**

**von 2 Stimmzähler**

#### **Verhandlung**

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther teilt mit, dass an der heutigen Stadtratssitzung das Stadratsbüro für das Jahr 2023 gewählt wird.

#### **Wahl der Präsidentin / des Präsidenten**

Stadträtin Baumeler-Stoll Carmen, namens der Mitte-Fraktion, schlägt dem SR den amtierenden Vizepräsidenten Greisler Yves zur Wahl als Stadtratspräsidenten für das Jahr 2023 vor. Stadtrat Greisler Yves ist ein waschechter Burgdorfer. Er ist in Burgdorf aufgewachsen. Zusammen mit seiner Frau Eva führt er in 6. Generation das Optikergeschäft Greisler AG an der Schmiedengasse. Er wurde im Juli 2015 in den SR gewählt und setzt sich für eine nachhaltige Stadtentwicklung und insbesondere für eine lebendige und attraktive Altstadt ein. Seit Januar 2017 ist er Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. In der Politik ist ihm der Respekt und der verständnisvolle Umgang mit anderen Menschen und Meinungen wichtig. Neben seiner politischen Tätigkeit im SR und der GPK engagiert er sich in der Offiziersgesellschaft Burgdorf und in weiteren Vereinen und Vorständen. Die Mitte-Fraktion



freut sich, dem SR heute einen kompetenten Kandidaten für das anspruchsvolle Amt als Stadtratspräsident vorschlagen zu können und bittet den SR um Unterstützung und dankt für die Wahl.

### **Beschluss**

Der Stadtrat wählt mit 37 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung Greisler Yves als Stadtratspräsident 2023.

### **Wahl der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten**

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther darf ein paar Wort zu Vogt Anette sagen. Vogt Anette ist ursprünglich aus dem Kanton Aargau, ist aber mit ihrer Familie schon lange in Burgdorf Zuhause. Ursprünglich Lehrerin hat sie unterdessen die Weiterbildung zur Migrationsfachfrau gemacht und ist eine sehr gefragte Ansprechperson für ganz viele Menschen geworden, lokal aber auch global. Vogt Anette leitet in einem Co-Präsidium die SP Burgdorf und sie ist auch Präsidentin von Burgdorf integriert. Seit x-Jahren engagiert sie sich mit einer grossen Leidenschaft für die Gerechtigkeit für Menschen, egal was sie für einen Hintergrund haben, wie es ihnen geht oder was sie bewegt. Die SP-Fraktion schlägt als 1. Vizepräsidentin Vogt Anette vor.

### **Beschluss**

Der Stadtrat wählt mit 37 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung Vogt Anette als 1. Vizepräsidentin 2023.

### **Wahl der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten**

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, schlägt als 2. Vizepräsident Schärf Philipp vor. Schärf Philipp ist nicht in Burgdorf aufgewachsen, sondern in der 500 Seelen Gemeinde Ramlnsburg im Waldenburger Tal im Kanton Baselland. Er hat Jahrgang 1982 und ist gelernter Automatiker. Für sein Studium in Elektrotechnik ist er nach Burgdorf gekommen und ist hiergeblieben. Er hat sich weitergebildet im Projektmanagement. Beruflich war er bei Roche, anschliessend als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fachhochschule im Bereich Photovoltaik. Die letzten acht Jahre hat er bei der BKW als Gesamtprojektleiter Anlagenbau gearbeitet. Er ist seit fast 20 Jahren in Burgdorf, aber doppelt so gut vernetzt. Er ist in verschiedenen Vereinen aktiv. Er hat mitgeholfen, die GLP Emmental und Burgdorf aufzubauen. Er ist Mitglied im Rittersaalverein und neu ist er Präsident der IG Lamas und Alpakas Gsteigmatt Burgdorf. Bei Schärf Philipp darf man mit gutem Gewissen sagen er ist ein "gmögiger". Die GLP-Fraktion schlägt als 2. Vizepräsident Schärf Philipp vor. Er wird in den nächsten Monaten in einem Sabbatical sein und deshalb einige Sitzungen fehlen, aber dann mit voller Frische zurückkehren.

### **Beschluss**

Der Stadtrat wählt mit 36 Ja Stimmen bei 2 Enthaltung Schärf Philipp als 2. Vizepräsident 2023.

### **Wahl von 2 Stimmzählern**

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther teilt mit, dass Maurer Roschi Franca als Stimmzählerin demissioniert hat. Die Grünen-Fraktion schlägt Bucher Mirjam als Stimmzählerin vor. Wüthrich Urs hat sich bereit erklärt, weiter Stimmzähler zu bleiben. Die SVP-EDU-Fraktion schlägt Wüthrich Urs als Stimmzähler vor. Die beiden Stimmzähler werden zusammen gewählt.

### **Beschluss**

Der Stadtrat wählt mit 36 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen Bucher Mirjam und Wüthrich Urs als Stimmzähler 2023.

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther gratuliert den Gewählten und wünscht viel Freude im Amt.

---

SRB: 2022-616 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

### **Verschiedenes und Unvorhergesehenes**

#### **Verhandlung**

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag SP-Fraktion betreffend PV-Anlagen auf städtischer Infrastruktur
- Überparteilicher Auftrag FDP-, SP-, SVP-EDU-, EVP-, Mitte- und GLP-Fraktion betreffend „Beibehaltung der Feier der 18-Jährigen“
- Überparteilicher Auftrag Grüne Burgdorf, SP, EVP und GLP betreffend Förderung der Wiederverwendung von Wertstoffen
- Dringliches überparteiliches Postulat SP, Grüne und EVP betreffend Teuerungsausgleich für städtische Angestellte (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Datenschutz bei der Entsorgung von Datenträgern der Stadtverwaltung
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Trittbretter für Fahrradfahrer an geeigneten Orten in Burgdorf

Stadtrat Greisler Yves teilt mit, dass Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther bei ihrer Antrittsrede mitgeteilt hat, dass sie ihr Amtsjahr unter das Thema wahrnehmen und schätzen stellt. In einem kurzen Film hat sie Menschen aus Burgdorf porträtiert, welche sich auf verschiedene Art und Weise in Burgdorf freiwillig und ehrenamtlich engagieren. Auch die Vorsitzende hat sich freiwillig zur Verfügung gestellt, um die Stadt Burgdorf und den SR ein Jahr lang nach aussen zu repräsentieren. Sie hat das sehr engagiert und auf ihre herzliche Art und Weise gemacht. Dafür bereits an dieser Stelle ein grosser Dank. In bester Erinnerung bleibt uns der diesjährige Stadtratsausflug. Dieser hat uns die Möglichkeit gegeben, zwei in Burgdorf bekannte Institutionen näher kennenzulernen. Die Lebensgemeinschaft Arche und die Suchtklinik Selhofen sind in unserer Wahrnehmung ein Teil von Burgdorf. Jedoch wird die tägliche Arbeit in der Öffentlichkeit etwas zu wenig geschätzt. Beim anschliessenden Essen hat sie mit ihrer Geschichte bildhaft erzählt, dass sich die Wahrnehmung und Wertschätzung über Nacht und durch eine andere Sichtweise immer ändern kann. Die Vorsitzende war immer sehr gut vorbereitet in die Stadtratssitzungen gekommen und den SR während der Sitzung mit ihrer ruhigen, umsichtigen und liebevollen Art durch die Traktanden geführt. Stadtrat Greisler Yves dankt Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther im Namen des SR und überreicht ihr als Erinnerung das Geschenk. Das Geschenk hat Henzi Brigitte wiederum organisiert. An dieser Stelle auch ihr ein herzliches Dankeschön für ihre Arbeit. Das Geschenk ist vom Keramikatelier der Stiftung intact hergestellt worden. Burgdorferinnen und Burgdorfer wissen um das grosse soziale Engagement von Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther sowie, dass sie gerne mit dem Velo unterwegs ist. Der Velolenker steht einerseits für ihr Hobby und symbolisch, dass sie den SR unfallfrei und sicher durch die Sitzung geleitet hat. Die Stadtratsglocke muss sie Ende Jahr weitergeben. Damit der Trennungsschmerz nicht so gross ist, hat das Geschenk eine Veloglocke. Es war Stadtrat Greisler Yves eine Ehre und Freude,

die Sitzungen neben der Vorsitzenden zu erleben und zu lernen. Zum Schluss ein herzliches Dankeschön im Namen des SR, des GR und der ganzen Verwaltung. Das grosse Engagement der Vorsitzenden wurde wahrgenommen und wertgeschätzt. Für die Zukunft alles Liebe und Gute, viel Glück und frohe Festtage und einen guten Start ins neue Jahr.

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther dankt Stadtrat Greiser Yves für seine berührenden Worte. Das Geschenk ist eine wunderbare Erinnerung und passt perfekt.

### **Schlussworte Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther**

Heute Abend habe ich, wie ihr wisst, das letzte Mal die Stadtratssitzung geleitet. Vor einem Jahr hat der Stadtrat mir durch die Wahl das Vertrauen geschenkt. Das hat mich sehr berührt und dafür danke ich euch nochmals ganz herzlich. Es war für mich eine Ehre den Stadtrat zu präsidieren und auch die Stadt Burgdorf zu vertreten. Hinter mir liegen sehr intensive, bewegte, bereichernde und herausfordernde zwölf Monate. Immer wieder hat es mich berührt. Was wird da nicht alles gelebt und geleistet in unserer Stadt und darüber hinaus, professionell und freiwillig. Was für Geschichten stecken hinter Menschen, Firmen, Organisationen? Das zu erfahren, hat mir Respekt und meine Wertschätzung weiterwachsen lassen. Manchmal hat es mich aber auch nachdenklich gemacht über das was ich gehört habe. Meistens aber doch sehr dankbar und hoffnungsvoll. Wir wissen es, die politische Welt hat sich in der Zeit, die hinter uns liegt, extrem verändert, in einer Art und Weise, wie wir es nie für möglich gehalten haben. Und das mit Auswirkungen bis nach Burgdorf. Ein Beispiel nur dazu. Wer hätte gedacht, dass nebst Berndeutsch, Türkisch, Spanisch, Farsi, Arabisch, Tigrinya, jetzt plötzlich auch ukrainisch in unserer Stadt gesprochen wird. Einander verstehen, das ist nicht nur eine Herausforderung, wenn man nicht die gleiche Ursprungssprache spricht. Auch wir im Stadtrat von Burgdorf mit unseren politischen Auseinandersetzungen merken, wie elementar wichtig es ist, einander versuchen zu verstehen und zuhören. Ja, wir streiten miteinander, aber wir bleiben bei der Wahrheit und verunglimpflichen den anderen mit seiner politischen Meinung nicht. Darum, wenn wir etwas erreichen wollen in Zukunft im SR braucht es uns alle. Und so danke ich euch für das grosse politische Engagement, das ihr leistet. Ich denke, wenn wir das nicht aktiv in diesem Sinn auch zur Verfügung stellen, nimmt man das von aussen eigentlich gar nicht wahr. Das ist ja auch freiwillige Arbeit. Licht brauchen wir alle. Von Herzen wünsche ich euch und euren Angehörigen und Freunden eine wunderbare Weihnachtszeit und ein gesegnetes 2023. Herzlichen Dank.

---

Burgdorf, 13. Januar 2023

Namens des Stadtrates



Esther Liechti-Lanz  
Stadtratspräsidentin



Brigitte Henzi  
Protokollführerin